

INHALT

1. Debatte über Unterrichtssituation
2. Effiziente Bekämpfung des Unterrichtsausfalls
3. Aufnahme von Tierschutz in die Landesverfassung zeichnet sich ab
4. Nach Impfstoffdesaster soll Praxis zur Beschaffung von Impfstoffen überarbeitet werden

16.11.2012

Debatte über Unterrichtssituation

Berichte und Maßnahmen der Landesregierung passen nicht zusammen

Auf der Tagesordnung der heutigen Plenardebatte stand der jährliche Bericht der Bildungsministerin zur Unterrichtssituation. Etwas überraschend stellten die Regierungsfractionen Anfang November einen Antrag, mit dem die Landesregierung über ein „strukturelles Defizit“ bei der Ausstattung mit Lehrkräften berichten sollte.

Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraut Wende erklärte heute (16. November 2012), es gebe gemessen an den Stundentafeln 1.250 Planstellen sowie 350 Erzieherinnen und Erzieherstellen zu wenig.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen reagierte scharf: „In den schriftlichen und entsprechend nachvollziehbaren Berichten der Landesregierung in den letzten Wochen ist von einem Defizit auch nicht im Ansatz die Rede. Und heute erklärt die Ministerin im Landtag, dass ihr 1600 Stellen fehlen. Dabei legt sie keinerlei nachvollziehbare Zahlen vor. Das passt nicht zusammen“, so Franzen am Rande der Plenardebatte.

Die CDU-Abgeordnete verwies auf den Bericht zur Unterrichtssituation der Landesregierung vom 08. Oktober 2012 und auf die Antwort der Bildungsministerin auf ihre kleine Anfrage vom 07. November 2012. „Wollen Sie hier öffentlich erklären, dass die Ministerin uns über Wochen wider besseren Wissens informiert und damit hinters Licht geführt hat?“, fragte Franzen an die Regierungsfractionen gerichtet.

Im Übrigen zeige der Haushaltsentwurf 2013, dass die von der Regierungskoalition für das kommende Jahr bereit gestellten 300 Stellen mitnichten dazu eingesetzt würden, ein strukturelles Defizit an allen Schulen zu beseitigen. Diese 300 Stellen würden mit Mehrbedarf für die Inklusion begründet. Tatsächlich würden sie jedoch zu zwei Dritteln an die Gemeinschaftsschulen gegeben.

„Es gibt 199 Stellen für 139 Gemeinschaftsschulen. Es gibt sechs Stellen für 92 Regionalschulen, die ebenso viel Inklusion leisten wie Gemeinschaftsschulen. 100 Gymnasien erhalten 15 Stellen. 387 Grundschulen, die mit am meisten Inklusion leisten, erhalten 30

Stellen. An die 101 Förderzentren, die vor allem für Inklusion zuständig sind, gehen null Stellen. Diese Verteilung hat nichts mit der Situation an den Schulen zu tun, sondern dient ausschließlich dazu, den Gemeinschaftsschulen mehr Stellen zu geben“, verdeutlichte Franzen.

Die Maßnahmen der Landesregierung passten damit überhaupt nicht zum heutigen Bericht der Bildungsministerin.

Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0241.pdf>

Kleine Anfrage von Heike Franzen und Antwort der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0254.pdf>



Heike Franzen, MdL

Effiziente Bekämpfung des Unterrichtsausfalls

Landesregierung muss bei transparenter Erfassung tätig werden

Das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags beschäftigte sich heute (16.11.2012) mit der Unterrichtssituation an den Schulen im Land. Im Vordergrund stand dabei die effektive Erfassung, sowie Bekämpfung des Unterrichtsausfalls.

Die CDU-Fraktion beantragte neben einer Ehrlichen Erfassung des Unterrichtsausfalls eine Fortsetzung der Aufstockung des Vertretungsfonds, um den Schulen vom ersten Tag der Fehlzeit einer Lehrkraft an Mittel für eine Vertretung zur Verfügung zu stellen.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, stellte dabei fest, dass es endlich einer Verständigung darüber bedürfe, wie Unterrichtsausfall zu definieren sei. „Nicht jede vertretene Stunde ist eine ausgefallene Stunde, aber bei weitem auch nicht jede Stillarbeit eine effektive Unterrichtseinheit“, so Franzen.

„Wir brauchen endlich eine ehrliche Bilanz darüber, wie hoch der Unterrichtsausfall an unseren Schulen ist.“ Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Ministerin in ihrem Bericht zur Unterrichtssituation für das Schuljahr 2011/12 einen Ausfall von 2,09 %, der Landesrechnungshof hingegen von 10 % an den Gymnasien ausweise.

Die neue Ministerin habe neben etlichen andern Maßnahmen auch ein Konzept zur Vermeidung von Unterrichtsausfall noch für dieses Jahr angekündigt. Nichts davon sei bisher auch nur angefangen worden. „Beim Konzept zur Vermeidung von Unterrichtsausfall herrscht bis jetzt Schweigen im Walde. Stattdessen kürzt die neue Landesregierung einfach die Mittel

für den Vertretungsfonds.“

Unterrichtsausfall ließe sich nicht zu 100 Prozent vermeiden, da Krankheiten nun mal nicht planbar seien. „Aber die Landesregierung darf nicht einfach die Hände in den Schoß legen, sondern muss endlich Maßnahmen ergreifen um den Unterrichtsausfall nicht tot zu schweigen, sondern zu seiner Vermeidung beitragen“, so Franzen abschließend.

Der Antrag der Regierungsfractionen befasst sich lediglich mit der Überarbeitung der Erfassung des Unterrichtsausfalls.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0305.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0278.pdf>

Aufnahme von Tierschutz in die Landesverfassung zeichnet sich ab Verfassungsdiskussion geht weiter



Heiner Rickers, MdL

Auch heute wurde über einen Antrag zur Änderung der Landesverfassung debattiert. Aus dem ursprünglichen Antrag der FDP-Fraktion zur Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung ist mittlerweile ein interfraktioneller Antrag geworden.

In seiner Rede zur ersten Lesung des interfraktionellen Gesetzentwurfes hat der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, darauf hingewiesen, dass die Aufnahme des Staatszieles „Tierschutz“ in Artikel 20a des Grundgesetzes im Jahr 2002 zu positiven Entwicklungen geführt hat.

Im Interesse des Tierschutzes sei danach viel erreicht worden. Als Beispiel nannte er die Auswirkungen des Legehennen-Urteils auf die Tierhaltung. Rickers sprach sich deutlich dafür aus, weiter gemeinsam am Tierwohl zu arbeiten. Dabei mahnte er an, die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in der weiteren Diskussion nicht auszublenden.

Für den Tierschutz sei es wichtig über Ländergrenzen hinweg gemeinsame hohe Standards zu schaffen. Eine Verlagerung der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Länder mit niedrigeren Standards würde allen gutgemeinten Ansätzen zu wider laufen.

Link zum interfraktionellen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0283.pdf>

Nach Impfstoffdesaster soll Praxis zur Beschaffung von Impfstoffen überarbeitet werden Krankenhäuser dürfen nicht auf Kosten der EHEC-Krise sitzen bleiben



Karsten Jasper, MdL

In einem fraktionsübergreifenden Antrag hat der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (16. November 2012) die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Überprüfung und Evaluierung der aktuellen Praxis zur Beschaffung von saisonalen Impfstoffen, z. B. gegen die saisonale Virusgrippe, einzusetzen.

Im Mittelpunkt soll die zeitgleiche Bereitstellung von Impfdosen in ausreichender Menge für alle Impfwilligen in den Bundesländern stehen, damit die Impfung nach medizinischen Gesichtspunkten stattfinden kann. Hintergrund ist das Impfstoffdesaster der letzten Monate.

Weiter ging es um die nach wie vor nicht vollständig erstatteten Kosten der EHEC-Krise für die Kliniken in Schleswig-Holstein. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Jasper, hat die Landesregierung aufgefordert die Kliniken im Land bei den Kosten der EHEC-Krise zu unterstützen. Die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein dürften nicht dadurch bestraft werden, dass man sie nun mit den durch die EHEC-Epidemie entstandenen Kosten alleine lasse.

„Zwar wurde ein Teil der Kosten der EHEC-Epidemie inzwischen durch die Krankenkassen beglichen. Dennoch gibt es Krankenhäuser, die auch weiterhin offene Kosten haben. Unsere Kliniken dürfen für ihre exzellente Zusammenarbeit aber nicht bestraft werden, nur weil das deutsche Abrechnungssystem Epidemien und andere unvorhersehbare Katastrophen nicht vorsieht“, erläuterte Karsten Jasper den Antrag der CDU-Fraktion.

Schleswig-Holstein und Hamburg waren von der EHEC-Epidemie im Jahr 2011 besonders stark betroffen. Im Zeitraum von Mai bis Juli 2011 gab es insgesamt 3.842 EHEC-Fälle im Land.

„Die exzellente Arbeit der Kliniken in unserem Land darf nicht bestraft werden. Wer will, dass unsere Krankenhäuser auch zukünftig genauso engagiert und aufopferungsvoll bei der Betreuung der Patienten tätig sind, wie bei der EHEC-Krise im vergangenen Jahr, der darf unsere Kliniken jetzt nicht einfach im Regen stehen lassen“, so Jasper abschließend.

Antrag EHEC-Krise:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0287.pdf>

Antrag Impfstoffe:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0295.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de